Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1912

03.07.1912 - Sitzung Nr.29

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremen, Juli 1912.

№ 29.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 3. Juli 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.
Achelis, Ed.
Achelis, Fritz.
Apelt, Dr. jur.
Brasch, Herm.
Davin, J.
Feldmann, Dr. phil.
Fohne, H.
Fritz, G.
Garves, Fr.
Hesemeyer, F.
Imwolde, Joh.
Koch, Stadtdirektor.
Kohls, P.
Krome, F.
Lampe, Joh.
Liesau, Dr. med.
Logemann, Fr.
Müller, H.
Nagel, W. R.
Pappiér, Fr.
Plath, Ad.
Rieniets, A. G.
Rodenburg H.
Schröder, W.
Strube, Dr. jur.
Tebelmann, C. A. L.
Tetens, Dr. jur.
Tietjen, Dan.
Vinnen, F. A.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

Verhandelt Seite

A. Vertrauliche Sitzung.

B. Oeffentliche Sitzung.

I. Mitteilung des Senats vom 7. Juni 1912:
4. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen. Unentgeltliche Uebertragung einiger Grundflächen an den Preußischen Eisenbahnfiskus 546
II. Mitteilung des Senats vom 15. Juni 1912: Ueberweisung des Altenheims an das Historische Museum 552
III. Mitteilung des Senats vom 22. Juni 1912: Bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln 558
IV. Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1912:
4. Ankauf des Grundstücks Balgebrückstraße Nr. 8 550
5. Aenderung des Gesetzes vom 14. Oktober 1888, betreffend die Benutzung der Häfen in der Stadt Bremen 550
V. Mitteilung des Senats vom 18. Juni 1912:
2. Haushaltungsunterricht 550
3. Erwerb von Grundstücken an der Hemmstraße 550
4. Arbeitshaus 550
VI. Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1912:
3. Aenderung des Gesetzes vom 15. Dezember 1910 betreffend die Aufbringung der Mittel für die Korrektion der Unterweser 550
4. Darlehen für Spülaborte 550
5. Verkauf des Staatsgrundstücks an der Schulstraße zwischen Neustadtswall und Große Johannisstraße 550
6. Rechnungsabschluß des Schlachthofs für das Jahr 1911 551
7. Antrag, betreffend Fluchtlinie für den Steffensweg von der Hansastraße bis zum Spielplatz.
VII. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (N. z. Verh. gek.)
VIII. Mitteilung des Senats vom 19. März 1912:
3. Neubau des Kammergebäudes auf der Fuhrparkstelle I. (N. z. Verh. gek.)

Verhandelt Seite

IX. Mitteilung des Senats vom 25. Juni 1912:
1. Bauliche Aenderungen im Gerichtsgefängnis zu Bremerhaven.
2. Inventar für das Pathologische Institut.
3. Wissenschaftliches Inventar des Pathologischen Instituts.
4. Errichtung neuer Beamtenstellen bei der Zollverwaltung.
5. Bessere Verwertung der Baumwollschuppen Nr. 12 und 13 in Bremerhaven.
6. Verlegung von Gas- und Wasserleitungen auf dem früheren Rickmers'schen Grundstücke in der Bahr.
7. Vertretung in den Geschäften des Gesundheitsrats.
8. Anschaffung der für bremische Behörden erforderlichen Schreibmaschinen und Fahrräder durch eine Zentralstelle. (N. z. Verh. gek.)
X. Mitteilung des Senats vom 26. Juni 1912: Budget der Außerordentlichen Verwendungen für das Rechnungsjahr 1912. (N. z. Verh. gek.)
XI. Mitteilung des Senats vom 27. Juni 1912: Jahresbericht des Chemischen Staatslaboratoriums zu Bremen für die Jahre 1910 und 1911. (N. z. Verh. gek.)
XII. Antrag, betreffend die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen. (N. z. Verh. gek.)
XIII. Antrag wegen § 8 des Gesetzes, betreffend die Kanalisation. (N. z. Verh. gek.)
XIV. Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1912:
3. Aenderung des Einkommensteuergesetzes.
4. Angestellte der Kammer für Kleinhandel.
5. Ankauf eines Grundstücks bei den drei Pfählen.
6. Aufstellung eines Telephonhäuschens auf dem Bahnhofsplatze.
7. Neue Feuerwache im Stadtteile Gröpelingen. (N. z. Verh. gek.)
XV. Mitteilung des Senats vom 29. Juni 1912: Jahresbericht für das Technikum. (N. z. Verh. gek.)

A. Vertrauliche Sitzung.

B. Oeffentliche Sitzung.

Herr Dr. Quidde präsidiert.

Eröffnung der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 16 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 2. Juli 1912:

1. Erweiterung des Elektrizitätswerks.
2. Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weserwehr.
3. Einlegung eines Doppelgleises und Baumpflanzung in der St. Jürgenstraße.
4. Pflasterarbeiten auf der Kattenturmer Heerstraße.

Sodann eine Mitteilung des Senats vom 3. Juli 1912:

1. Kapelle auf dem Friedhofe in Hastedt.
2. Anlage von Spülklosetts in den dem Staate gehörigen vermieteten Räumen am Westerdeich.
3. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volksschule in der Vorstadt Gröpelingen.
4. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volksschule in der Neustadt.
5. Bauliche Aenderungen im Lindenhof.
6. Erwerb von Straßengrund an der verlängerten Kurfürsten-Allee.
7. Vereinigung der Baupolizei für die Stadt und das Landgebiet.
8. Aenderungen des Einkommensteuergesetzes.
9. Fußgängertunnel bei der Wallerstraße.
10. Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten des Schulwesens in Vegesack.
11. Umbau der alten Schweineschlachthalle auf dem Schlachthofe.
12. Budget für das Rechnungsjahr 1912.
13. Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1911.
14. Abrechnung, betreffend das Separatbudget der Außerordentlichen Verwendungen für 1912.

Wir haben also vor den Ferien noch sehr viel zu tun und werden unsere Arbeit nicht bewältigen können, wenn wir diesen Sonnabend nicht zu Hilfe nehmen. Es wird auch nur dann möglich sein, die eingegangenen Sachen, die fast alle noch erledigt werden müssen, zu verhandeln, wenn sich die Herren etwas im Reden einschränken.

Zu Senatskommissaren sind bestellt worden, betreffend die Erweiterung des Elektrizitätswerkes, Herr Senator Biermann, dem Herr Direktor Süchting beigeordnet ist,

und betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes und betreffend Budget der Außerordentlichen Verwendungen für das Rechnungsjahr 1912, Herr Senator Dr. Spitta.

Dann haben wir eine Petition vom Allgemeinen Deutschen Schriftverein erhalten, betreffs Erhaltung der deutschen Schreib- und Druckschrift, und ferner eine Eingabe vom Lehrerkollegium des Realgymnasiums in Vegesack, betreffs Neuregelung ihrer Gehalte, und endlich eine Eingabe von den Bagger- und Elevatorenführern, die um Gleichstellung ihrer Gehalte mit ihren Kollegen anderer Deputationen bitten. Die Eingaben liegen in der Kanzlei zur Einsicht aus.

Dann sind zwei Anträge eingegangen. Herr Heinken beantragt:

> Die Bürgerschaft beschließt, von dem zu erwartenden Ueberschusse des Staatshaushalts 1911 der bremischen Grundbeleihungsgenossenschaft ein Darlehen im Betrage von 100 000 ℳ gegen eine Verzinsung von 4 % zu überweisen und ersucht den Senat, dem Beschlusse beizutreten.

Der zweite Antrag, der von sehr vielen Herren unterzeichnet ist und für den die Dringlichkeit beantragt worden ist, lautet:

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bevor er die Stelle des Amtmanns in Bremerhaven neu besetzt, die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Obliegenheiten des Amtes teils den städtischen Behörden in Bremerhaven, teils staatlichen Behörden zu übertragen.

Die Dringlichkeit kann nur beschlossen werden, wenn sich 76 Herren dafür erklären.

Herr Dr. Scherer: Ich empfehle die Dringlichkeit deshalb, weil zu befürchten ist, daß wir sonst mit dem Antrage zu spät kommen.

Die Dringlichkeit wird angenommen.

Nr. I der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 1912:

4. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen. Unentgeltliche Uebertragung einiger Grundflächen an den Preußischen Eisenbahnfiskus.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Rebelthau.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat zu dem Antrage 1) folgendes zu bemerken: Wenn es auch durchaus richtig sein mag, daß an den Preußischen Eisenbahnfiskus bremisches Areal zu Eisenbahnzwecken unentgeltlich übereignet wird, so ist es andererseits doch auch richtig, daß, wenn der Preußische Eisenbahnfiskus vielleicht demnächst das Areal für Eisenbahnzwecke nicht mehr gebraucht, dieses Areal an Bremen unentgeltlich zurückübereignet wird. Die Juristische Kommission stellt darum folgenden Antrag:

> Die Bürgerschaft genehmigt den Antrag des Senats zu 1) mit der Maßgabe, daß die Königlich

Preußische Eisenbahnverwaltung die bezeichneten Grundstücke an Bremen unentgeltlich zurückübereignet, sobald und soweit sie zu Bahnzwecken nicht mehr erforderlich sind.

Zu dem Gesetzentwurf hat die Juristische Kommission nichts zu bemerken.

Herr Busch: Herr Präsident! Meine Herren! Nach dem vorliegenden Antrage sollen an den Preußischen Eisenbahnfiskus 1007 qm unentgeltlich abgetreten werden. Im Interesse der Bahn muß das geschehen. Aber ich möchte fragen: Hat Bremen schon jemals einen Quadratzentimeter von Preußen unentgeltlich bekommen? (Zurufe: Nein!) Wenn wir etwas von Preußen haben wollten, haben wir es immer sehr schwer erkaufen müssen. Nun bietet sich eine günstige Gelegenheit, wo Preußen von Bremen etwas haben muß, daß Bremen auch etwas von Preußen fordert. Die Schuldeputation wünscht ein kleines Grundstück hinter dem Neuen Gymnasium an der Park-Allee in einer Größe von 280 qm. Herr Präsident! Wenn der Staat das Grundstück von Preußen kaufen will, ist das mit großen Schwierigkeiten verbunden, da der Verkauf durch die Krone bestätigt werden muß, und das erschwert den Verkauf sehr. Ich möchte deshalb beantragen, daß uns für diese Grundstücke von 1007 qm eine Gegenleistung gewährt werde, die darin besteht, daß uns das Grundstück hinter dem Neuen Gymnasium an der Park-Allee zurückgegeben wird. Ich erlaube mir, folgenden Antrag als Amendement zum Antrage der Juristischen Kommission zu stellen:

und unter der Bedingung, daß die Königlich Preußische Eisenbahnverwaltung das südöstlich vom Neuen Gymnasium belegene etwa 280 qm große, im beifolgenden Plane rot schraffierte Grundstück zur Arrondierung des Schulgrundstücks unentgeltlich an Bremen übereignet.

Ich habe mir erlaubt, dort eine Zeichnung aufhängen zu lassen. Wenn sich die Herren aus meinen Worten nicht vernehmen können, um welches Grundstück es sich handelt, möchte ich sie bitten, dorthin zu treten und sich den Plan anzusehen. Das Areal brauchen wir für die Schule. Es macht aber, wie gesagt, große Schwierigkeiten, es durch Ankauf zu erwerben, deshalb sollten wir die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Dann müßte auch der Gesetzentwurf abgeändert werden, und ich möchte bitten,

daß in Zeile 5 des Gesetzentwurfs nach dem Worte „Eisenbahnfiskus" die Worte „und der Freien Hansestadt Bremen" eingefügt werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Was für ein Plan ist das, von dem in Ihrem Antrage die Rede ist?

Herr Busch: Der dort aufgehängt ist.

Der erste Antrag Busch ist genügend unterstützt.

Der zweite Antrag Busch wird genügend unterstützt.

Herr Kruse: Herr Präsident! Meine Herren! Mit der freien Hergabe der Grundstücke bin ich durchaus einverstanden, wenn der Antrag Scherer angenommen wird. Ich möchte aber noch auf ein weiteres aufmerksam machen. Die Verlängerung des Tunnels an der Gustav Deetjen-Allee ist ja nach dem Generalplan angenommen, aber ich glaube, daß sich in der Bürgerschaft niemand ein Bild davon gemacht hat, daß der Tunnel um 25 m verlängert werden soll. Jetzt hat man in dem alten Tunnel das Oberlicht entfernt. Das ist ja nach dem Bericht unbedingt nötig, da der Eisenbahnfiskus den Platz, wo das Oberlicht war, gebraucht. Nun aber soll der Tunnel noch um 25 m verlängert werden, und dann wird da eine sehr große Dunkelheit herrschen. Da sollte die Frage geprüft werden — und darum habe ich hauptsächlich das Wort genommen — ob es bei der Gelegenheit nicht angebracht wäre, auch eine Verbreiterung des Tunnels vorzunehmen. Ich bin nämlich der Ansicht, daß unsere Unterführungen im allgemeinen zu schmal angelegt werden, das habe ich sehr oft empfunden. Weil hier nun eine Veränderung eintreten soll, glaube ich, daß, trotzdem wir den Plan genehmigt haben, doch versucht werden sollte, den Tunnel zu verbreitern. Ich wundere mich, daß man nicht versucht hat, das zu erreichen; es sollte darum versucht werden, es bei dieser Gelegenheit noch zu erreichen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Rebelthau: Herr Präsident! Meine Herren! Auf die Anfrage des Herrn Kruse möchte ich erwidern, daß der Senatskommissar für Eisenbahnangelegenheiten an sich nicht zuständig zur Beantwortung der Frage ist, ich glaube aber, im allgemeinen Folgendes sagen zu können. Das ganze Projekt, wie es ausgeführt wird, hat zuvor Senat und Bürgerschaft vorgelegen und deren Genehmigung erhalten. Bei den Vorberatungen und auch bei der Beschlußfassung ist von keiner Seite der Wunsch hervorgetreten, die alte Unterführung zu verbreitern. Es ist auch zweckmäßig, daß das unterblieben ist, da die Verbreiterung natürlich auf Kosten Bremens erfolgen und sehr große Opfer erfordern würde. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß die ganzen Pläne natürlich von der Deputation für die Stadterweiterung aufs sorgfältigste geprüft worden sind, die hierfür zuständig ist, und auch da ist von keiner Seite eine Bemängelung hervorgetreten. Ich glaube, daß der Anregung, die überhaupt zu spät kommt, da die Sache erledigt ist, aus praktischen Gründen nicht entsprochen werden kann.

Zu den Ausführungen der beiden andern Redner möchte ich mir erlauben, Folgendes zu sagen. Herr Dr. Scherer hatte die Güte, mit mir über den Antrag der Juristischen Kommission vorher zu sprechen. Ich habe mich dann an die Königliche Eisenbahndirektion in Hannover gewandt und von ihr die Erklärung erhalten, daß sie damit einverstanden sei, daß das Areal,

wenn es in Zukunft einmal für Eisenbahnzwecke nicht mehr nötig sein sollte — es ist aber nicht anzunehmen, daß das jemals eintreten wird — an Bremen zurückübertragen werde.

Auch Herr Busch war so freundlich, mir von der Bedingung, die er in einem Antrage stellen wollte, vorher Kenntnis zu geben. Darüber kann ich natürlich noch keine Erklärung abgeben. Ich meine, es handelt sich um eine unerhebliche Grenzregulierung, und ich werde meinerseits den Versuch machen, Preußen zu dieser Abtretung an Bremen zu bewegen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich aber eine Bemerkung nicht unterdrücken. Die Situation ist nicht etwa so, daß Preußen böswillig immer Abtretungen von Bremen verlangt, daß Bremen immer der leidende Teil ist, sondern, was Preußen verlangt, verlangt es natürlich für seine Zwecke, die aber auch im wesentlichen Interesse von Bremen liegen. Aus dem Grunde ist auch der Senat der Meinung gewesen, daß man den Ansprüchen der Königlichen Eisenbahndirektion zustimmen müsse, zumal diese ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber bremischen Wünschen bewiesen hat. Ich will aber gern das meinige tun und versuchen, daß Preußen sich bereit erklärt, die Grundstücke einzutauschen.

Herr Dr. Nielsen: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte kurz einen Wunsch bezüglich der Unterführung an der Park-Allee aussprechen. Aus der Vorlage ergibt sich, daß der seinerzeit ausgesprochene Wunsch, es möchte die ganze Unterführung in Gewölbemauerwerk ausgeführt werden, nicht erfüllt werden soll und nicht erfüllt werden kann, weil dem technische Schwierigkeiten im Wege stehen. Aber es ist doch möglich, daß sich die technischen Schwierigkeiten einmal beseitigen lassen. Ich zweifele nicht, daß wenn der neue Teil dieser Unterführung einen gewölbten Tunnel erhält, während der alte Teil seine Eisenkonstruktion behält, dies einen sehr häßlichen Eindruck machen wird und es müßte deshalb versucht werden, diesen Zustand so bald als möglich zu beseitigen. Deshalb möchte ich Sie bitten, sich mit folgendem Wunsch einverstanden zu erklären:

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, darauf hinzuwirken, daß baldmöglichst auch in dem jetzt bestehenden Teil der Unterführung der Park-Allee die vorhandene Eisenkonstruktion durch ein Gewölbemauerwerk ersetzt werde.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Nebelthau: Herr Präsident! Meine Herren! Ich nehme an, daß, wenn die Bürgerschaft demgemäß beschließen sollte, was ich persönlich nicht wünsche, die Bürgerschaft sich jedenfalls nicht in der Beziehung binden will, die kolossalen Kosten, die hieraus entstehen würden, schon vorweg zur Verfügung zu stellen. Wir haben alle Ursache, sehr vorsichtig zu sein. Daß Preußen die weiteren Kosten übernimmt, das halte ich für ganz ausgeschlossen. Andererseits haben wir ein dringendes Interesse daran, diese Arbeiten nicht noch weiter zu erschweren. Ich glaube, wir können auch sehr zufrieden damit sein, daß die Unterführung so hergestellt wird, wie es die preußische Bahn jetzt machen will. Ursprünglich war von einer Verlängerung in Betonbau nicht die Rede, sondern sie sollte in derselben Art wie der bestehende Teil ausgeführt werden. Was jetzt vorgeschlagen wird, ist meiner Ansicht nach eine wesentliche Verbesserung. Aber auch aus betriebstechnischen Rücksichten stehen der Erfüllung des Wunsches große Hindernisse entgegen. Jedenfalls aber möchte ich, wie gesagt, ausdrücklich konstatieren, daß die Bürgerschaft mit Annahme des Antrages keineswegs die Bereitwilligkeit aussprechen will, die großen, sehr erheblichen Kosten, die daraus entstehen würden, zu übernehmen.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Ich hatte in Erfahrung gebracht, daß die Zeit schon zu knapp sei und daß eine Kompensation nicht mehr zu erreichen sei, deswegen habe ich keinen Antrag gestellt. Ich habe aber den Wunsch, daß die Eisenbahnverwaltung als Kompensation vielleicht einen Streifen am Breitenweg, 2 m breit, abtritt. Das wäre, weil auf dieser Straße die Ringbahn und die Bahn nach dem Findorffviertel fahren, sehr erwünscht, weil die Wagen sonst dicht am Saumstein fahren müssen. Es wäre sehr erwünscht, wenn das jetzt als Austausch hingestellt würde. Vielleicht kann Preußen bewogen werden, den Streifen im Austausch herzugeben.

Herr Wuppesahl: Herr Präsident! Es ist ja leider an der Unterführung an der Gustav-Deetjen-Allee nichts mehr zu ändern. Aber wenn die Bürgerschaft und ihre Deputation mit geistigen offenen Augen die Pläne angesehen hätte, so hätte sie die Pläne nicht bewilligt. Denn wenn wir jetzt mit unsern leiblichen Augen das zu sehen bekommen, dann werden uns die Augen übergehen. Man sollte nicht glauben, daß das möglich gewesen wäre, eine derartige Anlage in der Form auszuführen. Die Gustav-Deetjen-Allee ist der Hauptzugang zum Bürgerpark und eine der wichtigsten Straßen nach der Schwachhauser-Chaussee hin, und da sollen wir durch einen solchen Maulwurfshügel kriechen? Was dort geschieht, es ist nicht zu sagen, sehen Sie sichs an!

Herr Leymann: Der Wunsch von Herrn Dr. Nielsen wird ein frommer Wunsch bleiben und nach meiner Ueberzeugung nie erfüllt werden. Wenn der Wunsch erfüllt werden soll, so müssen die jetzt bestehenden Teile des Tunnels ganz und gar abgebrochen werden, es wäre nichts davon zu gebrauchen. Ich habe mir das eben skizziert. Vier Fünftel des ganzen Gewichts, das der Tunnel zu tragen hat, müssen die beiden Säulenreihen tragen, und nur ein Fünftel tragen die

beiden Seitenmauern. Wenn aber der Tunnel mit einem Gewölbe überspannt würde, so müßten die beiden Seitenmauern das ganze Gewicht tragen, und die jetzigen Fundamente dieser Mauern können das nicht tragen. Das bedeutet also, daß die ganzen Mauern neu gebaut werden müssen. Ich glaube nicht, daß Bremen sich bereit findet, den ganzen Tunnel abzubrechen und einen ganz neuen zu bauen.

Das Amendement Busch zum Antrag der Juristischen Kommission wird angenommen.

Der so amendierte Antrag der Juristischen Kommission wird angenommen.

Antrag 1 wird mit dem Amendement der Juristischen Kommission angenommen.

Das Amendement Busch zum Gesetzentwurf wird angenommen.

Der so amendierte Gesetzentwurf wird angenommen.

Der Antrag Nielsen wird abgelehnt.

Präsident: Ich möchte der Bürgerschaft vorschlagen, jetzt über den Antrag zu verhandeln, dessen Dringlichkeit beschlossen ist. Ich nehme an, daß dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

Antrag, betreffend das Amt Bremerhaven.

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bevor er die Stelle eines Amtmanns in Bremerhaven neu besetzt, die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, die Obliegenheiten des Amtes teils den städtischen Behörden in Bremerhaven, teils staatlichen Behörden zu übertragen.

Herr Dr. Scherer: Herr Präsident! Von verschiedenen Seiten ist mir mitgeteilt worden, daß Zweifel darüber bestehen, ob das Amt in der gegenwärtigen Einrichtung dauernd erhalten werden muß, und ob es sich nicht vielmehr empfiehlt, daß zum Teil die Funktionen des Amts von der Stadt Bremerhaven, zum Teil von Staatsbehörden übernommen werden. Ich habe auch von einem Herrn, der Mitglied der Deputation für die Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden ist, gehört, daß auch bei Mitgliedern dieser Deputation die Meinung besteht, daß die Deputation sich mit der Prüfung dieser Frage befassen solle. Wenn aber derartige Zweifel bestehen, würde es nach meiner Meinung, die wohl von der ganzen Bürgerschaft geteilt werden dürfte, nicht richtig sein, wenn der erste Beamte des Amtes, der jetzt pensioniert ist, durch einen neuen, vielleicht jungen Beamten ersetzt wird, da dadurch für lange Zeit eine Aenderung der Verhältnisse des Amtes unmöglich oder doch erschwert würde. Diese Gründe sprechen dafür, daß die Deputation zu einem schleunigen Bericht veranlaßt wird. Eine Dringlichkeit besteht insofern, als der Senat sonst die Stelle sofort besetzen könnte.

Herr Gruner: Ob sich durch die beantragte Prüfung etwas erreichen lassen wird, darüber kann natürlich noch nichts gesagt werden, da niemand von uns soweit in die Materie eingedrungen ist, um sich ein klares Bild von den Verhältnissen machen zu können. Aber von verschiedenen Seiten ist der Wunsch laut geworden, daß wir uns mit der Frage befassen möchten, von verschiedenen Seiten sind Anregungen gekommen, die es nicht unwahrscheinlich machen, daß Aenderungen eintreten könnten. Unter diesem Gesichtswinkel möchte ich den Antrag unterstützen und bitten, ihn anzunehmen und die Materie an die Deputation für die Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden zu verweisen, da jetzt zur Prüfung der Frage zweifellos eine günstige Gelegenheit geboten ist.

Herr Robert Meyer: Herr Präsident! Meine Herren! Ich wollte zunächst darauf hinweisen, daß ich schon vor Monaten Herrn Gruner gebeten habe, ob nicht die Deputation für Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden einmal die Frage prüfen könnte, ob nicht dieses Amt als solches, namentlich die Leitung desselben, aufgehoben werden könnte, und Herr Gruner war so freundlich, damals zuzusagen, daß er die Sache in der Deputation vorbringen wolle. Ich glaube, daß gerade der gegenwärtige Augenblick sehr geeignet ist, die Sache zu einer gründlichen Prüfung und Erledigung zu bringen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die ganzen Verhältnisse, wie sie zurzeit liegen und schon seit Jahren gelegen haben, uns eigentlich schon längst hätten dahin bringen sollen, daß hier eine Aenderung herbeigeführt werde. Herr Präsident! Wenn zu dem Amt des staatlichen Leiters eines so wichtigen Postens wie bisher Herren genommen werden, die vermöge ihrer Gesundheitsverhältnisse einen großen Teil ihrer Amtszeit nicht am Platze verbringen können, und die Staatsgeschäfte dann von einem Assessor nicht nur monatelang, sondern wohl über ein Jahr versehen werden, so sind das Verhältnisse, die dringend der Prüfung und Abhilfe bedürfen. Ich halte mich für verpflichtet, gerade auf diesen Umstand hinzuweisen. Außerdem sind infolge solcher Verhältnisse Unebenheiten zwischen den städtischen und den staatlichen Behörden entstanden, die weder im Interesse der einen noch der andern liegen. Bremerhaven hat sich glücklicherweise durch alle Schwierigkeiten, die ihm geworden sind, im Laufe der Jahre entwickelt, hat sich zum Segen des bremischen Staates entwickelt. Es ist ja in früheren Zeiten augenscheinlich, den damaligen Verhältnissen entsprechend, als Kolonie behandelt worden. Aus diesen Verhältnissen ist es Gott sei Dank herausgekommen, und seine Bewohner stellen sich ebenbürtig, voll und ganz allen

andern bremischen Staatsbürgern zur Seite. (Bravo!) Deshalb ist es an der Zeit und ich möchte bitten, daß es in der verfassungsmäßigen Behandlung, in der staatlichen Verwaltung dieselbe Form erhält wie Bremen, und daß diese auch in Bremerhaven immer mehr durchgeführt wird, wie sie in Bremen durchgeführt ist. In Bremen werden die verschiedenen Verwaltungszweige durch Senat und Bürgerschaft wahrgenommen. Das ist in Bremerhaven anders, Bremerhaven wird verwaltet durch einen Staatskommissar allein. Ich glaube, daß bei dieser Gelegenheit auch die Frage geprüft werden muß, ob nicht auch die Häfenstädte durch Senat und Bürgerschaft staatlich zu verwalten sind, daß an die Stelle der Funktionen des Staatskommissars die Funktionen einer Deputation treten. Ich möchte bitten, daß auch in bezug hierauf die Frage geprüft werde und erhebe dies zu einem Amendement zu dem Antrag Scherer.

Präsident: Was für ein Amendement stellen Sie?

Herr R. Meyer: Daß die Leitung der Staatsverwaltung in den Hafenstädten durch eine Deputation ausgeübt werde.

Präsident: Das kann doch die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden nicht prüfen.

Herr R. Meyer: Dann will ich das Amendement nicht gestellt haben und behalte mir vor, einen Antrag demnächst zu stellen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Antrag Scherer wird einstimmig angenommen.

Präsident: Wir können noch einige kleine Gegenstände vorweg erledigen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1912:

4. Ankauf des Grundstücks Balgebrückstraße Nr. 8.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

5. Aenderung des Gesetzes vom 14. Oktober 1888, betreffend die Benutzung der Häfen in der Stadt Bremen.

Präsident: Ich nehme an, daß die Bürgerschaft, falls sie den Gesetzentwurf genehmigt, dem Senat die Ermächtigung geben will, das Gesetz zu publizieren, was offenbar zu beantragen vergessen worden ist.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Das Gesetz wird angenommen.

Präsident: Ich nehme also an, daß die Bürgerschaft auch damit einverstanden ist, den Senat zu ermächtigen, das Gesetz in seiner jetzigen Fassung zu publizieren. (Es erhebt sich kein Widerspruch.)

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 18. Juni 1912:

2. Haushaltungsunterricht.

Der Antrag wird angenommen.

3. Erwerb von Grundstücken an der Hemmstraße.

Herr Richter Castendyk: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

4. Arbeitshaus.

Die Mitteilung wird dankend entgegengenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1912:

3. Aenderung des Gesetzes vom 15. Dezember 1910, betreffend die Aufbringung der Mittel für die Korrektion der Unterweser.

Herr Dr. Gildemeister: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Das Gesetz wird angenommen.

4. Darlehen für Spülaborte.

Präsident: Es wird am Schlusse der Mitteilung gesagt, es sollten wieder 30000 ℳ eingestellt werden. Ueber die Summe wird beim Budget für außerordentliche Verwendungen beschlossen werden.

Der Bericht wird dankend entgegengenommen.

5. Verkauf des Staatsgrundstücks an der Schulstraße zwischen Neustadtswall und Große Johannisstraße.

Herr Heinken: Herr Präsident! Meine Herren! An sich habe ich gegen den Verkauf nichts einzuwenden. Ich möchte aber beantragen,

dieses Grundstück nicht freihändig, sondern öffentlich zu verkaufen,

und zwar deshalb, weil die Vorlage sagt, daß sich verschiedene Reflektanten gemeldet hätten. Und wenn dieses der Fall ist, dann ist ein öffentlicher Verkauf dem freihändigen vorzuziehen. Zu bedauern ist, daß die Deputation für die Stadterweiterung das Grundstück, was da bleibt, nicht hat erwerben können. Es ist so, wenn der Staat als Käufer auftritt, dann werden von den Eigentümern große Forderungen aufgestellt. Dieser Leute Grundstücke bleiben bestehen, jedenfalls nicht zur Zierde des Neustadtswalls und namentlich nicht zur Zierde der Realschule, die gegenüber liegt. Ich möchte beantragen,

das Grundstück öffentlich zu verkaufen.

Präsident: Herr Heinken, Sie beantragen, die Worte „oder freihändig" zu streichen?

Herr Heinken: Jawohl.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte diesen Antrag nicht unterstützen. Denn, Herr Präsident, der Staat hat schon sehr oft dabei einen Schaden gehabt, wenn die Bürgerschaft beschlossen hat, die Grundstücke öffentlich zu verkaufen. Ich sage, dieser öffentliche Verkauf ist ein Krebsschaden. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir bei einem freihändigen Verkaufe besser wegkommen, als bei einem öffentlichen, und nicht allein darum, wir bekommen bei einem freihändigen Verkaufe viel eher Käufer, denn bei einem freihändigen Verkauf hat die Deputation es in der Hand, möglichst gute Preise herauszuschlagen, während bei einem öffentlichen Verkaufe unter Umständen recht billige Preise herauskommen. Es ist auch unangenehm für den Käufer, wenn er glaubt, er hat sich etwas herausgesucht, und nun heißt es, es soll ein öffentlicher Verkauf stattfinden. Ich gebe Ihnen die Versicherung, Privatleute verkaufen zehnmal eher ein Grundstück als der bremische Staat, weil er den öffentlichen Verkauf vorzieht; und wann verkauft der Staat einmal Grundstücke mit einem wirklichen Nutzen? Das kommt selten vor, ja so selten, daß man sagen kann, es ist ausgeschlossen. Die öffentlichen Verkäufe sind ein großer Krebsschaden, so daß wir diese nicht beschließen sollten. Vielfach ist es so, wenn sich ein Käufer findet für ein solches Grundstück und er hört, daß das Grundstück öffentlich verkauft werden soll, dann zieht er sich zurück und der Staat bleibt sitzen.

Herr Heinken: Ich bin anderer Meinung wie Herr Leymann. Wenn Herr Leymann sagt, daß der Staat bei öffentlichen Verkäufen großen Schaden gehabt habe, so kann ich mit einem Beispiele dienen, das das Gegenteil beweist. Vor nicht langer Zeit hat der Staat an der großen Allee ein Grundstück an die Firma Kötting verkauft, und zehn Tage nachher verkaufte diese es wieder für 17 000 ℳ mehr. Und ich meine, hier ist es Tatsache, daß verschiedene Reflektanten da sind, und wenn die da sind, kann der Staat das Grundstück ruhig öffentlich ausbieten. Man braucht nicht bange zu sein, daß es zu billig wegkommt.

Herr Lauts: Herr Präsident! Meine Herren! Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Leymann an und bitte auch Sie, sich dieser Ansicht anzuschließen. Aus den Akten der früheren Jahre geht hervor, und solange ich Rechnungsführer der Deputation bin, habe ich es auch erfahren, daß wir immer an Restgrundstücken hängen geblieben sind, wenn die Bürgerschaft vorgeschrieben hat, nur zu einem bestimmten Preise zu verkaufen. Es ist bisher immer ausgeschlossen gewesen, wenn die Bürgerschaft einen Mindestpreis vorgeschrieben hat, daß wir den beim öffentlichen Verkaufe bekommen haben. Dagegen haben wir kürzlich eine günstige Regulierung vornehmen können, weil uns die Bürgerschaft das Recht gegeben hatte, freihändig zu verkaufen, und wir haben mit gutem Preise verkauft. Herr Heinken irrt sich, wenn er glaubt, daß wir einfach das erste beste Angebot annehmen. Das ist nicht der Fall, aber sobald es zu einer Auktion kommt, müssen wir es zum besten Gebote wegschlagen, oder wir müssen vorher sagen, es soll nicht unter dem und dem Preise weggegeben werden; und dann kommt kein Mensch. Ich möchte deshalb bitten, es bei dem Antrage der Deputation zu belassen. Den Antrag des Herrn Heinken bitte ich abzulehnen.

Herr Blanke: Herr Präsident! Meine Herren! Auch ich bitte, nicht den Antrag Heinken anzunehmen. Die Herren der Deputation für die Stadterweiterung wissen, daß wir größeren Erfolg mit freihändigem als mit öffentlichem Verkaufe gehabt haben. Es sind bei freihändigem Verkaufe allerlei Bedenken, die den Kauf erschweren. Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Heinken abzulehnen.

Der Antrag Heinken wird abgelehnt.

Der Antrag der Deputation für die Stadterweiterung wird angenommen.

6. Rechnungsabschluß des Schlachthofs für das Jahr 1911.

Der Antrag der Deputation auf Nachbewilligung wird angenommen.

Präsident: Ich habe schon vorhin den Antrag von Herrn Heinken verlesen. Herr Heinken teilt mit, daß er seinen Antrag zurückzieht und dafür folgenden Antrag stellt:

> Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, der bremischen Grundbeleihungsgenossenschaft ein

Darlehen im Betrage von 100 000 ℳ zu 4 % Zinsen unter Kontrolle des Staates zu überweisen.

Nun müssen wir zurückgehen zu

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 15. Juni 1912:

Ueberweisung des Altenheims an das Historische Museum.

Senatskommissare die Herren Bürgermeister Dr. Barkhausen und Senator Hildebrand, Beigeordneter Herr Syndikus Dr. Focke.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Die Baukommission hat sich natürlich nur mit dem Antrag 2 der Deputation, betreffend Bewilligung der 132 300 ℳ für den Umbau befaßt. Sie ist in Zweifel darüber gewesen, ob das Gebäude noch so beschaffen ist, daß es sich lohnt, eine so große Summe hineinzustecken. Und sehr groß sind die Zweifel gewesen, ob die Baudeputation mit der Summe von 132 300 ℳ, die beantragt sind, auskommen würde. Wir haben befürchtet, daß sehr große Ueberraschungen nachfolgen könnten, zumal wir bei eingehender Besichtigung gefunden haben, daß die Grundmauern durchweg feucht sind. Wir sind zu dem Schlusse gekommen, daß es notwendig sein würde, diese Grundmauern alle durch eine Isolierschicht zu unterfangen. Wir sind in gewissem Sinne ratlos gewesen, wie diese Sache erledigt werden könnte. Da ist uns der Vorschlag gemacht worden von der Verwaltung des Altenheims, daß sie eine Ueberschreitung der Summe von 132 300 ℳ übernehmen würde. Würde also der Umbau einschließlich der Isolierschicht die veranschlagten Kosten 132 300 ℳ übersteigen, so übernimmt die Verwaltung des Altenheims die Kosten, die über diese Summe hinausgehen. Unter diesen Umständen glaubt die Baukommission der Bürgerschaft empfehlen zu können, falls die Bürgerschaft überhaupt den Anträgen zustimmen will, den Antrag 2 anzunehmen. Ich habe namens der Baukommission zu dem Antrage 2 der Deputation folgenden Antrag zu stellen:

> Mit der Maßgabe, daß sämtliche Grundmauern mit einer Isolierschicht gegen Feuchtigkeit versehen werden und daß, falls sich bei der Schlußabrechnung ergibt, daß der Umbau einschließlich dieser Isolierungsarbeiten mehr als 132 300 ℳ gekosten hat, die Mehrkosten von der Kaufsumme abgesetzt werden.

Herr Garde: Herr Präsident! Meine Herren! Es sind zwei Dienstwohnungen vorgesehen, eine für den Oberaufseher und eine für den Heizer. Die Dienstwohnungskommission hat sich mit dem Gegenstande beschäftigt und nichts zu erinnern.

Herr Wuppesahl: Herr Präsident! Meine Herren! In dieser Vorlage werden zwei an sich mit einander gar nicht verwandte Gegenstände zusammen behandelt. Zuerst haben wir es mit der Unterbringung des Historischen Museums in andere Räume zu tun und dann um eine Unterstützung für das entstandene Altenheim in Tenever. Man hat herausgefunden, daß das jetzige Altenheim, wie im Berichte vortrefflich ausgeführt worden ist, sich außerordentlich für die Sammlungen des Historischen Museums eignet, und wer die Sammlungen gesehen hat, wird gestehen müssen, daß sie an sich ein außerordentlich dankenswertes Objekt sind, daß jeder alte Bremer mit Freuden diese Sammlungen durchwandert. Er wird finden, daß er viele Bauten, die er in seiner Jugendzeit noch gesehen hat, hier wiedererkennt; man findet, welche Entwicklung die Stadt genommen hat und wie sich Handel und Schiffahrt besonders gehoben haben. Ich denke da an ein kleines Oelbild, das da aushängt. Es stellt eine kleine Brigg dar im Schlepptau, die nach Ostindien geht. Das ist ein Gegenstand, der der Jugend immer wieder vorgeführt werden sollte; das Bild sagt uns, aus welch kleinen Anfängen sich der jetzige Welthandel Bremens entwickelt hat. Also für das Historische Museum sind keine Worte zu verlieren, es versteht sich von selbst, daß es von großem Segen ist. Aber die Unterbringung, die vorgeschlagen ist, hat mir große Bedenken gemacht. Ich muß sagen, die Herren, die diese Sache unter sich haben, haben natürlich nur mit dem Ideal gerechnet und haben das alte Haus angesehen und sich gesagt: da paßt das Museum hinein. Mein Bedenken liegt in der Notwendigkeit, das Altenheim umzubauen. Herr Hagemeyer hat in vorsichtiger Weise seitens der Baukommission eine kleine Kautele dem Antrage der Deputation angehängt. Ich rufe in die Erinnerung zurück, was uns die Umbauten solcher Gebäude immer für Geld gekostet haben! Ich habe damals als Rechnungsführer der Baudeputation die schönen Zeiten durchgemacht, als die Hauptschule umgebaut wurde. Wir hatten da eine Ueberraschung von 96 000 ℳ. Keiner von den Baubeflissenen und Kennern des Bauwesens konnte sich das vorstellen, aber wir mußten sagen, es ist soviel angewendet und hat soviel gekostet. Dieses Gebäude ist nun viel älter als die Hauptschule, man kann nicht hineinsehen in das Innere des Hauses, und es wird mancher in der Bürgerschaft zustimmen, daß diese Berechnungen, die von der Bauinspektion ausgeführt sind, doch berechtigter Weise mit einigen Zweifeln besehen werden. Also wir sollen erst die Zinsen bezahlen von 360 000 ℳ für die Unterbringung dieser Sammlung, daß sind 14 400 ℳ. Dann haben wir 132 300 ℳ zu bewilligen, wo hinterher mit ziemlicher Sicherheit noch 50 % folgen werden. Das ist kapitalisiert, eine Summe von über 600 000 ℳ ohne Inventar — das kommt auch noch — und da muß ich gestehen, das scheint mir eine zu große Aufwendung

für diese Sammlung zu sein, wenigstens für die Räume. Will man dem Altenheim Zuwendungen machen und tritt die Notwendigkeit da an uns heran, so wird die Bürgerschaft Unterstützung aus der Staatskasse für das Altenheim in Tenever genehmigen. Und soll das Historische Museum jetzt untergebracht werden, so wird die Bürgerschaft bereit sein, dafür Mittel zu gewähren, die sie übersehen kann. Dieses kann sie nicht übersehen. Hier ist ein Betrag von 360000 ℳ angesetzt. Wollen wir mit dem Historischen Museum handeln und sagen, das ist 250000 ℳ wert? Das hat keinen Zweck. Aber dann kommen die Ansprüche, die seitens der Verwaltung des Historischen Museums erhoben werden. Es ist immer die Gefahr bei Sammlern, daß sie sagen: da ist noch ein leerer Platz an den Wänden, der muß ausgefüllt werden! (Heiterkeit) und es wird immerzu gesammelt, und ehe man es sich versieht, hängen die Wände voll, und es wird ein kleiner Erweiterungsbau notwendig. (Heiterkeit.) Seien wir etwas hart und sagen wir den Herren: wir haben die größte Sympathie für das Historische Museum, aber die Vorlage, wie sie hier gemacht wird, ist uns nicht klar genug. Wir erkennen an, daß gewisse ästhetische Gründe da sind, die sie dazu geführt haben, sie sind ins Unbestimmte gegangen mit ihrer Forderung, und wir können die Vorlage, wie sie da ist, nicht annehmen und weisen sie zurück und erwarten bessere Vorschläge für die Unterbringung des Museums in einem anderen Gebäude als hier gemacht ist. Man könnte leicht auf die Idee kommen, die ganze Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Aber ich möchte wirklich den Herren von dem Museum nicht damit zu nahe treten, eine Kommission zu ernennen. Die Herren können aus sich heraus von selbst eine neue Bearbeitung dieser Vorlage vornehmen und können darüber berichten. Denn darüber bin ich mir klar, daß die Bürgerschaft nicht eine Vorlage annehmen sollte, die die Unterstützung des Altenheims in Tenever und die Unterbringung des Historischen Museums verquickt. Man sollte diese beiden Gegenstände streng von einander halten. Ich empfehle der Bürgerschaft, diese Vorlage mit der Motivierung abzulehnen, daß sie von der zuständigen Behörde demnächst eine Vorlage erwartet, in der eine andere Unterbringung des Historischen Museums vorgeschlagen wird.

Herr van der Emde: Herr Präsident! Meine Herren! Auch ich erkenne den Wert des Historischen Museums voll und ganz an, und ich halte es für richtig, Mittel für eine gute Unterbringung des Historischen Museums zu bewilligen. Ich erkenne auch den idealen Standpunkt an, daß das Altenheim sich dafür eignen würde, weil es ein altes Gebäude ist, in dem wohl diese alten Sachen würdig untergebracht werden könnten. Aber den Platz kann ich nicht empfehlen. Wenn wir das Historische Museum dorthin legen nach der Weser, dann versichere ich Ihnen, dann können wir es noch wer weiß wie weit ausbauen, und besucht wird es nicht. Wenn wir ein Museum errichten wollen, dann sollten wir es auch so errichten, daß es ein Anziehungspunkt für die Fremden ist, nicht allein für die Bremer, sondern auch für die Fremden, und darum muß das Museum eine andere Lage haben. Wir werden in gar nicht langer Zeit weitere Staatsgebäude im Zentrum der Stadt, z. B. hinterm Schütting, wo wir große Grundstücke haben, errichten müssen, und ich glaube, daß sich da auch ein Platz finden würde für das Historische Museum. Ich möchte empfehlen, das Augenmerk darauf zu richten, daß wir baldmöglichst hier im Zentrum der Stadt bei einem demnächstigen Neubau einen Platz aufsuchen für unser Historisches Museum. Und wenn wir dann auch verschiedene Mittel dafür bewilligen müssen, ich werde dafür stimmen. Aber den jetzt vorgeschlagenen Platz halte ich für ein verfehltes Unternehmen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Herr Präsident! Meine Herren! Ich freue mich, daß, wenn auch die beiden Vorredner einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben, doch eine warme Sympathie für das Historische Museum und die Notwendigkeit einer anderweitigen Unterbringung desselben von ihnen anerkannt ist. Und wenn Sie mir gestatten, auf Zweck und Inhalt der Vorlage noch mit einigen Worten einzugehen, so hoffe ich, wird unser Vorschlag doch Sympathie finden und Sie werden mit weniger Bedenken ihm gegenüberstehen, als das bei den beiden Vorrednern der Fall gewesen ist. Herr Wuppesahl hat sich gegen die Verquickung der beiden Gesichtspunkte ausgesprochen, wonach einmal für das Historische Museum und dann für das Altenheim oder vielmehr indirekt für das kürzlich bezogene Altenheim in Tenever etwas getan werden soll. Ich verstehe diesen Einwand des Herrn Wuppesahl nicht, und ich glaube, sein eminent praktischer Blick hat ihn hier etwas verlassen. (Heiterkeit.) Ich meine, es ist günstig, wenn man zwei Gegenstände und Zwecke verbinden und für jeden etwas Gutes erreichen kann.

Fraglich scheint mir nur sein zu können, ob es richtig ist, das Historische Museum in das Altenheim oder in ein anderes Haus zu verlegen. In dieser Beziehung muß ich sagen, daß Herr van der Emde einen klareren Standpunkt eingenommen hat als Herr Wuppesahl, indem er die Platzfrage in den Vordergrund stellte und ausführte, das Museum gehöre nicht in das Altenheim, weil dieses nicht zentral liege. Herr Wuppesahl hat nur von dem alten Hause gesprochen, er hat aber dessen Vorzüge an sich auch anerkannt. Jedenfalls appelliere ich in der Beziehung nicht nur an die kunsthistorische Kommission, sondern auch an die Baukommission, die gewiß zugeben werden, daß das Altenheim, trotz augenblicklicher Verwahrlosung, doch ein reizvoller Bau ist, dessen Unterhaltung der Mühe wert ist.

Wir haben, als man infolge der schönen Stiftung des Herrn Eggestorff an die Verlegung des Altenheims herantrat, verschiedentlich versucht, das Altenheim anderweitig zu verwerten; wir haben keinen Käufer gefunden, haben uns aber auch gar nicht weiter bemüht, als der Gedanke auftauchte, das Historische Museum hineinzuverlegen, nachdem ein früherer Plan, das Gewerbemuseum dort unterzubringen, aufgegeben war, weil für dieses Institut, das auch von Fremden viel besucht wird, die Lage vom Mittelpunkte der Stadt in der Tat etwas zu entfernt schien. Darüber sind nun wirklich alle Beteiligten und Fernstehenden einig, daß das Gebäude als historisches Denkmal erhalten bleiben sollte. Es hat allerdings keine modernen Räume; Sie werden da manche Schäden und Gebrechen wahrnehmen, aber auch bemerken, daß es eine Menge reizvoller Dinge enthält. Und dieser Eindruck wird sich bei Ihnen noch steigern, wenn Sie den Hof durchwandern und dessen Stimmung auf sich wirken lassen.

In welcher Weise soll nun aber das Altenheim erhalten werden, wenn man es überhaupt erhalten will? Es kann doch nicht leer stehen bleiben, sondern es muß ihm eine Zweckbestimmung gegeben werden. Welche schönere Zweckbestimmung könnte ihm aber gegeben werden, als wenn es dazu bestimmt wird, die alten Bremensien aufzunehmen, die im Historischen Museum mit außerordentlicher Treue und Sorgfalt gesammelt sind und die dort einen anheimelnden Platz finden würden. Andererseits werden Sie für die Sammlungen in der Stadt einen geeigneten andern Ort schwerlich finden. Darauf möchte ich besonders Herrn van der Emde verweisen, der davon gesprochen hat, daß hier im Mittelpunkte der Stadt ein Platz für das Museum gesucht werden müsse. Auf diese Ausführungen des Herrn van der Emde darf meines Erachtens kein großes Gewicht gelegt werden. Wo soll denn ein derartiger Neubau im Mittelpunkt der Stadt entstehen? (Zuruf: Ratscafé!) Das Ratscafé? Das wäre dafür doch viel zu klein. Und wenn wir einen Neubau für das Museum aufführen wollten, so würde schon die Platzfrage im Mittelpunkt der Stadt die größten Schwierigkeiten bereiten. Die Wallanlagen sind ja für uns ein noli me tangere, dahin wird auch kein Museum gesetzt werden, und für einen Bauplatz würde man viel Geld aufzuwenden haben.

Und hiervon abgesehen, lassen sich Einwendungen gegen die Benutzung des Altenheims für das Historische Museum wirklich nicht erheben. In verschiedenen andern Städten sind ähnliche alte Gebäude mit wundervollem Erfolge für die Unterbringung solcher Sammlungen eingerichtet worden. Die Verwaltung des Museums kann nach dem, was sie bisher geleistet hat, gewiß dafür einstehen, daß das Museum im Altenheim eine große Sehenswürdigkeit für Bremen sein würde, wohin in erster Linie die Bremer selbst gern gehen werden, um, wie Herr Wuppesahl sagte, an den Zeugen altehrwürdiger bremischer Vergangenheit sich zu erfreuen. Für Fremde kommt ein Museum wie dieses erst in zweiter Linie in Betracht. Wer dahin geht, muß etwas Zeit zur Verfügung haben, man darf es nicht rasch durcheilen wollen, sondern muß sich in die Sammlungen versenken, die in dem alten anheimelnden Gebäude mit dem schönen Hof weit besser wirken werden, als in einem neuen Hause, wenn ein solches auch vielleicht einige Vorteile in anderer Richtung hätte.

Was sodann die Kosten betrifft, so liegt die Sache so. Es sind für das Altenheim 360 000 ℳ gefordert. Da das Staatstaxat für das alte Haus früher 350 000 ℳ, seit einigen Jahren 360 000 ℳ ist, glaube ich, daß der geforderte Preis angemessen ist. Diese Summe sollte man daher zugrunde legen. Ich gebe zu, daß, wenn die Hochbauinspektion I die Umbaukosten mit 132 300 ℳ berechnet hat, sich schwer eine Garantie dafür übernehmen läßt, ob mit der Summe auszukommen ist. Wenn auch eine Isolierung sämtlicher Mauern vorgenommen werden soll, wie es Herr Blanke und die Baukommission für notwendig halten, so wird sich wahrscheinlich nicht mit der genannten Summe auskommen lassen. Ich habe heute morgen den Vorschlag gemacht, es möchte dem Staat eine Garantie in der Weise geleistet werden, daß der Betrag der Umbaukosten, einschließlich für Isolierung der Mauern, soweit dadurch die Summe von 132 300 ℳ überstiegen wird, von der Kaufsumme abzusetzen ist. Ich habe inzwischen mit den Verwaltern des Altenheims gesprochen und sie haben — allerdings schweren Herzens — mich ermächtigt, zu erklären, daß sie damit einverstanden seien. Damit ist dem Staat die Sicherheit gegeben, daß die Umbaukosten für ihn keine unliebsamen Ueberraschungen bereiten.

Nun noch ein Wort darüber, wie mit dem Kaufpreise verfahren werden wird. Er wird nicht für irgend welche fremden Zwecke verwandt, sondern fließt der aus kirchlicher Wohltätigkeit hervorgegangenen Stiftung des Altenheims zu, und aus den Zinsen sollen die Pflegegelder in dem neuen Heim bezahlt werden; der Kaufpreis kommt also wieder dem Staatssäckel zugute. Ich halte diese Verbindung der Zwecke nicht nur für zulässig, sondern für eine sehr glückliche Idee. Wir sollten uns freuen, daß wir in dieser Weise die Zwecke verbinden können: die Stadt bekommt ein Gebäude für das Historische Museum, das für diesen Zweck außerordentlich geeignet ist, und der Kaufpreis wird so verwendet, daß es dem Staate im Resultat wieder zugute kommt. Auch der Umstand, daß die Kaufsumme an die Inspektion des Altenheims nicht in bar ausbezahlt zu werden braucht, sondern daß eine Rente in Höhe der Zinsen gewährt werden soll, scheint mir finanziell von Vorteil für den Staat. Ich möchte dringend bitten, von diesem Standpunkt aus die Sache zu prüfen und die Bedenken schwinden zu lassen. Wenn Sie sich von den Interessen des Historischen Museums, die Herr Wuppesahl mit warmen

Worten geschildert hat, und von den Interessen des Altenheims leiten lassen, werden Sie dem Museum und dem Staat einen guten Dienst erweisen, wenn Sie die Vorlage annehmen.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Ich bitte Herrn Dr. Focke das Wort zu geben.

Herr Syndikus Dr. Focke: Herr Präsident! Meine Herren! Gestatten Sie mir, zu zwei Punkten, die hier besondere Erwähnung gefunden haben, einige Ausführungen zu machen.

Der Herr Senatskommissar wurde eben in seiner Rede durch den Zuruf „Ratscafé" unterbrochen. Erlauben Sie mir, dazu ein paar Bemerkungen zu machen. Dieser Gedanke, das Ratscafé für das Historische Museum zu verwenden, ist im Laufe der Jahre mehrfach an die Verwaltung des Historischen Museums aus allen Kreisen der Bevölkerung herangetreten. Der erste, der meiner Erinnerung nach das mit mir besprochen hat, war der verstorbene Generaldirektor Dr. Wiegand. Damals schon — es werden vier oder fünf Jahre her sein — als das jetzige Gebäude des Ratscafés noch nicht stand, damals schon habe ich Herrn Dr. Wiegand nachgewiesen, daß die Räume des Ratscafés gänzlich ungenügend seien, um das Historische Museum aufzunehmen. Es stellte sich heraus, daß der Flächeninhalt der Räume — auf 50 oder 100 qm kommt es nicht an, und die Grundfläche des Ratscafés wird jetzt im wesentlichen dieselbe sein wie damals die der alten Gebäude — etwa die Hälfte der Grundfläche des Historischen Museums beträgt, soweit es jetzt im Domanbau untergebracht ist. Nun können Sie mit 2 multiplizieren, um für die beiden Geschosse den Raum herauszubekommen, dann hat das ganze Gebäude des Ratscafés in zwei Geschossen den Raum, den jetzt das Historische Museum im Domsanbau einnimmt. Dann würde also alles, was wir als Sammlungsmaterial sonst noch haben, und was sich gegenwärtig in der Schule an der Sögestraße befindet, nicht untergebracht werden können, und vor allen Dingen, wir hätten gar keinen Raum für einige Erweiterungen. Ich will nicht weitere Ausführungen dazu machen, daß noch andere Gründe ganz entschieden dagegen sprechen; aber vor allem spricht dagegen, daß eine Erweiterungsmöglichkeit beim Ratscafé ganz ausgeschlossen ist. Dann kann auch niemand leugnen, daß die Räume im Ratscafé sehr viel niedriger sind als die jetzigen Räume des Museums am Dom. Die Folge davon ist, daß sehr viel weniger an den Wandflächen untergebracht werden kann. Ich glaube, daß es wirklich nicht möglich ist, daß das Ratscafé hier in Betracht kommt, wenn auch wohl gesagt werden kann, daß die Verwaltung des Historischen Museums es als eine sehr große Ehre ansehen würde, wenn ihr ein so vornehmer Platz wie das Ratscafé als Raum gegeben würde. Dort in der Nähe des Rathauses, gegenüber der alten Ratskirche, eine Front nach dem Markt, müßte sich das Historische Museum ganz gewaltig zusammennehmen, um dem würdigen Platze einigermaßen zu entsprechen. (Heiterkeit.)

Der andere Platz, der nun vorgeschlagen ist, ist das Altenheim. Es ist gar keine Frage, daß es jedem, der beim Historischen Museum beschäftigt ist, selbstverständlich sehr viel bequemer und angenehmer wäre, wenn er mitten in der Stadt tätig sein könnte. Aber ich glaube, das ist ausgeschlossen. Eine Fläche von etwa 2500 qm wird in absehbarer Zeit mitten in der Stadt an gut passender Lage, oder ein sonst passendes Gebäude wird kaum jemals für das Historische Museum geboten werden, und wenn das doch der Fall wäre, so würde die Frage an den Baukosten scheitern, denn, meine Herren, Sie werden nicht in die Millionen für einen Neubau hineingehen wollen. Nun zeigt aber die Erfahrung, daß ein Institut, das wirklich das Interesse der Bevölkerung erregt, nicht ganz im Mittelpunkte der Stadt untergebracht sein muß, sondern daß auch die Lage an der Peripherie dann dem Besuch keinen Abtrag tut. Es kommt nur darauf an, ob etwas da ist, was sehenswert ist. Auch der Senat hat in seiner Mitteilung einige Beispiele angeführt, die dies belegen. Ich möchte noch ein schlagendes Beispiel hinzufügen, und zwar aus unserer Stadt, das ist das Theater in der Neustadt, das Schauspielhaus. Wer hätte wohl gedacht, daß das in seiner entschieden abgelegenen Lage aus der ganzen weiten Stadt die Besucher aufs kräftigste dauernd anziehen würde! (Zurufe. Heiterkeit.) Das hängt damit zusammen, daß dort etwas geboten wird. Die Verwaltung des Historischen Museums wird auch etwas zu bieten suchen, was die Bevölkerung anzieht.

Außerdem möchte ich sagen, daß ja in der Tat das Altenheim durchaus nicht so entlegen ist, wie Sie wohl meinen. Denken Sie daran, daß die westliche Vorstadt die größte unserer Vorstädte ist. Sie hat an 60 000 Bewohner; dann würde das Museum dort nicht so schlecht liegen. Denken Sie an die Nähe der Neustadt, an die Woltmershauser Vorstadt; und endlich liegt das Altenheim auch unmittelbar am Rande der Altstadt. Und ich bin auch nicht bange, daß die Herrschaften aus der östlichen Vorstadt und aus der Gegend des Zentrums die Sammlungen aufsuchen werden.

Nun will ich nur noch bemerken: Bedenken Sie doch, daß das Historische Museum mit seinem Platze vollkommen am Ende ist. Es weiß jetzt nicht mehr ein und aus, wenn jetzt irgend ein Gegenstand hinzu kommt. Wir müssen die Gegenstände aufeinanderlegen, andere beseitigen und sie magazinieren. Es ist ein unwürdiger Zustand, der sich auf die Dauer nicht halten läßt. Daher hat die Verwaltung des Historischen Museums es als einen glücklichen Zufall angesehen, daß das Altenheim frei wird, ein einfacher Bau, nicht frisiert, der keine große Toilette aufweist. Aber ich bin überzeugt, es läßt sich etwas daraus machen, und

was das Bedürfnis des Museums anbetrifft, so läßt sich etwas Vortreffliches daraus machen, dafür werden wir sorgen. Ich hoffe, daß die Herren selbst zugestehen werden, daß es ein Gebäude ist, wie wir es in der ganzen Stadt nicht haben. Wo ist ein Gebäude mit einem derartigen Innenhofe? Wo ein Gebäude, mit einem Innenhofe, der mit prächtigen Bäumen bestanden ist, die zur Zeit der Obstblüte herrlich anzuschauen sind? Das muß auf Sie Eindruck machen, und das wird den Sammlungen, die hineinkommen, außerordentlich zugute kommen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Bürgerschaft sich entschließen würde, dieser Vorlage zuzustimmen, Sie werden sehen, Sie werden es nicht bereuen. Die Verwaltung des Historischen Museums wird sich bemühen, daß das Museum sich den Aufwendungen würdig erweisen wird. (Bravo!)

Herr Direktor Dr. Böhmert: In Anbetracht der Geschäftslage der Bürgerschaft will ich mich auf wenige Worte beschränken. Ich bemerke zunächst, daß wir den Gedanken, das Altenheim für das Historische Museum zu benutzen, für außerordentlich glücklich halten. Wir gehen dabei von dem Gedanken aus, daß das Altenheim eine historische Merkwürdigkeit ist, und daß es entschieden wert ist, erhalten zu werden. Wer es genau kennt, so stimmungsvoll, so abgewogen in seinen Verhältnissen, der weiß, daß ein besseres Gebäude für das Historische Museum sich nicht denken läßt. Auf der anderen Seite sind wir überzeugt, daß, wenn die Sammlungen populär werden sollen, sie ganz anders untergebracht werden müssen, als es bisher der Fall gewesen ist, daß vor allem Raum geschaffen werden muß für die nötige Erweiterung. Das würde im Altenheim gesichert sein. Also die Verwendung zu einem historischen Museum würde eine äußerst glückliche sein; die Räume sind so geeignet, daß es kein besseres Gebäude gibt. — Nun ist gesagt worden, die Kosten würden zu groß sein. Wenn man die Absicht hat, das Historische Museum seiner Bedeutung gemäß unterzubringen, dann würden noch andere Kosten aufzubringen sein, wenn man ein neues Gebäude schaffen wollte. Die jetzt geforderten Beträge würden dagegen gar nicht in Betracht kommen. Denken Sie an den Betrag, der heutzutage allein für die Beschaffung von Grund und Boden an einigermaßen guter Lage bezahlt werden muß, ganz abgesehen von dem Gebäude selbst. — Und nun der Ort, auch der wurde als ein Grund gegen den Plan angeführt. Der Ort scheint mir nicht so aus dem Wege zu sein. Ich halte die Lage nicht für eine Peripherie-Lage, wie der Herr Senatskommissar sagt. In Wirklichkeit liegt das Altenheim im Zentrum der Stadt. Es liegt z. B. für viele Schüler und Schülerinnen, die es hauptsächlich besuchen werden, günstiger, als an seinem jetzigen Platze. Und sehr viele würden diesen Teil der Altstadt außerordentlich reizvoll finden, wenn sie ihn näher kennen würden. Wir werden also für die Vorlage in ihrem vollen Umfange eintreten.

Herr Wuppesahl: Herr Senator Hildebrand hat darauf hingewiesen, daß ich nicht erwähnt hätte, die Unterbringung des Museums sei vielleicht anderswo möglich. Ich habe es absichtlich nicht getan, weil ich es der Verwaltung überlassen will, andere Vorschläge zu machen. Ich habe gesagt, ich möchte die Sache als solche ablehnen, denn ich fürchte, wenn wir es so machen, daß dann große Aufwendungen gemacht werden müssen, und daß die viel höher sein werden, als die Herren sie jetzt schätzen; und davor möchte ich warnen. Der Inhalt des Museums wird allen bekannt sein und hat großes Interesse für uns. Man soll aber auch abwägen, ob die Aufwendungen dafür schon jetzt in solcher Höhe gerecht sind. Es wird angeführt, das Altenheim solle erhalten bleiben. Lassen Sie es doch vorläufig stehen. Jetzt kommt Herr Dr. Focke und sagt, es sehe unfrisiert aus. Warten Sie es ab, bis die Frisur vorhanden ist, was das kosten wird. Sie werden dann sagen, das habe zuviel Geld gekostet. Das Theater in der Neustadt kann hiermit nicht verglichen werden. Um Gelegenheit zu geben, über die Sache noch näher zu beraten, bitte ich jetzt,

verweisen Sie die Sache an eine Kommission von 9 Mitgliedern.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Was ich sagen wollte, ist durch die Schlußbemerkung von Herrn Wuppesahl eigentlich erledigt. Ich wollte sagen, daß wir uns auf keinen Fall in der Weise abspeisen lassen können, wie er es zuerst meinte. Er sagte, das Altenheim solle nicht zu dem gewünschten Zwecke verwendet werden. Aber es muß doch in irgend einer Weise Verwendung finden. Es ist ein kostbares altes Bauwerk, das unter allen Umständen, wenn wir nicht Barbaren sein wollen, erhalten bleiben muß, und deshalb müssen wir dem nachkommen, was der Senat in seinem positiven Antrage beantragt, wozu es benutzt werden soll, wenn keine andere bessere Verwendung dafür angegeben werden kann. Das ist die eine Seite. Die Hauptsache aber ist, daß wir uns hinsichtlich des Museums damit nicht abspeisen lassen können, daß Herr Wuppesahl sagt: Macht bessere Vorschläge; diese gefallen mir nicht; ohne daß er dabei angibt, wohin er das Museum haben will, von dem er zugesteht, daß es größere und bessere andere Räume haben muß. Wenn demgemäß beschlossen würde, so könnte Herr Wuppesahl vielleicht wieder sagen, wir sollten noch andere Vorschläge machen, diese gefielen ihm auch nicht. Wenn diese jetzt gemachten Vorschläge ihm nicht gefallen, dann wäre es seine Sache, bessere zu machen. Ich bitte, jedenfalls in erster Linie die Anträge des Senats heute anzunehmen, da alles durch die umfangreiche Vorlage und die heutigen

Darlegungen meines Herrn Mitkommissars klargestellt ist. Wenn es aber nicht anders sein kann, dann bitte ich mindestens den Kommissionsantrag anzunehmen.

Herr Rhein: Ich darf sagen, daß auch wir im Gegensatz zu den Ausführungen von Herrn Wuppesahl von der Vorlage durchaus sympathisch berührt sind. Wir erkennen den Zusammenhang zwischen dem Historischen Museum und dem Altenheim an und sind der Meinung, daß das Gebäude in seiner Art den Zwecken und Interessen des Historischen Museums gut dienen würde. Der schlimme Zusammenhang, den Herr Wuppesahl in der Verquickung mit der Finanzlage des Altenheims sieht, hat für uns keinen Stachel, als ja das Geld keinem Privaten zufällt, sondern die Mittel, die der Staat aufbringt in Form von Zinsen, guten Zwecken dienen sollen. In dieser Beziehung können wir einverstanden sein. — Was die Lage des Hauses anlangt, so glauben wir, daß es nicht möglich ist, den Fremden gewissermaßen alle Sammlungen am Bahnhofe entgegen zu bringen, und wir glauben auch, wenn Fremde Interesse dafür haben, daß sie dann den Fremdenführer zur Haud nehmen und per elektrischer Bahn den Weg finden werden, um ihren Wünschen Rechnung zu tragen. Die Bremer werden den kleinen Weg nicht scheuen. Das einzige Bedenken sind die Umbaukosten, die vielleicht größer werden können, als angeführt ist, so daß wir womöglich eine Ueberraschung haben können. Aber hier ist insoweit eine Besserung eingetreten, als die Garantie gegeben ist, daß die angegebene Summe nicht überschritten werden soll und etwaige Mehrkosten von der Kaufsumme abgesetzt werden sollen. Ein gewisses historisches Interesse hatten für uns die Ausführungen, daß die Grundmauern feucht sein sollen und unterfangen werden müßten; insofern historisch, als wir uns früherer Sitzungen erinnern, in denen über Mißstände im Altenheim gesprochen wurde, als noch menschliche Insassen in dem Hause waren. Da hat man solche Bedenken nicht anerkennen wollen. Es ist sehr gut, wenn man sie jetzt rascher findet, und wir sind überzeugt, wenn das Historische Museum dort untergebracht wird, wird der Vater Staat schon sorgen, daß wir um die Frisur des Gebäudes nicht bange sein brauchen und daß auch die Bekleidung eine gute bleiben wird. Wir können uns der Sache nur anschließen und uns dafür aussprechen, daß das Historische Museum in das Altenheim gelegt wird. Wir halten eine Kommissionsberatung nicht für nötig, würden aber nicht dagegen sein.

Herr Blanke: Der Idee, das Historische Museum in das Altenheim zu verlegen, stehen die meisten Herren sympathisch gegenüber. Was aber viele Herren, die ich gesprochen habe, zurückgehalten hat, dafür einzutreten, ist gewesen, was mich auch veranlaßt, dagegen anzugehen, daß die Umbaukosten zu gering veranschlagt sind. Weil ich das Gebäude gründlich kenne, so halte ich die angenommenen Umbaukosten von 132000 ℳ für zu gering. Wenn in einem solch alten Bau das Dach repariert wird, so ist man immer auf Ueberraschungen gestoßen, und das soll der Antrag der Baukommission bezwecken, daß wir keine Ueberraschungen erleben. Wenn solche kommen, dann treffen sie den Verkäufer, das Gebäude wird soviel billiger, und deshalb meine ich, sollten die Herren diesem Antrage zustimmen. Ich möchte aber auch bitten, dem Antrage auf Verweisung an eine Kommission zuzustimmen. Es sind viele Sachen, die überlegt werden müssen. Es fragt sich, ob wir diese großen Aufwendungen machen wollen, ob wir die 360000 ℳ ausgeben wollen und was hinzu kommt an Aufsicht und Heizung usw., was 30—35000 ℳ werden können. Wir sollten deshalb dem Antrage von Herrn Wuppesahl auf Kommissionsberatung zustimmen. Ich glaube, daß ein Weg gefunden werden wird, daß das Historische Museum doch dort hinkommt, wir aber wesentlich besser dabei fahren. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Es ist immer wenig aussichtsreich, wenn Kommissionsberatung beantragt ist, dagegen zu sprechen. Aber ich muß sagen, daß, nachdem die Sache durch die Verhandlungen hier geklärt ist, es mir kaum erforderlich scheint, eine Kommission einzusetzen. Gegen den Preis bestehen ja wohl keine Bedenken mehr nach der Erklärung, die ich vorhin abgegeben habe, weil damit die Garantie gegeben ist, daß der Staat keine höheren Aufwendungen für das Gebäude haben wird, als die Hochbauinspektion ausgerechnet hat. Das Gebäude wird nun noch erheblich besser hergestellt werden, wenn eine Isolierung erfolgt. Weshalb sich aber eine Kommission über die Heizung und sonstige Einzelheiten unterhalten soll, vermag ich nicht einzusehen; solche Ausgaben entstehen ja auch bei einem Neubau, an den aber wohl niemand denken wird, der großen Aufwendungen wegen. Meiner Meinung nach bedarf es also einer Kommissionsberatung nicht. Auf diese Bemerkungen will ich mich beschränken.

Der Antrag Wuppesahl auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Senats. Ich nehme an, daß die Herren die Anträge vor sich haben.

Antrag 1 wird angenommen.

Präsident: Zu Antrag 2 liegt das Amendement der Baukommission vor.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Leymann: Ich möchte bitten, vorher festzustellen, daß nicht allein die Kosten für die Isolierung der Grundmauern, sondern überhaupt die

Mehrkosten des Umbaus von der Kaufsumme abgesetzt werden. Das muß direkt zum Ausdruck kommen.

Präsident: Wir sind in der Abstimmung, da kann an dem Antrage nichts mehr geändert werden.

Herr Blanke zur Geschäftsordnung: Es handelt sich um ein Mißverständnis in der Abfassung des Antrages; was Herr Leymann will, hat die Baukommission auch — — —

Präsident: Eine Aenderung des Antrages ist nicht mehr zulässig. Der Antrag der Baukommission lautet:

> — — — die Umbaukosten mit der Maßgabe zu bewilligen, daß sämtliche Grundmauern mit einer Isolierschicht gegen Feuchtigkeit versehen werden und daß, falls sich bei der Schlußabrechnung ergibt, daß der Umbau einschließlich dieser Isolierungsarbeiten mehr als 132 300 ℳ gekostet hat, die Mehrkosten von der Kaufsumme abgesetzt werden.

Ich glaube, der Antrag ist ganz klar. Jedenfalls kann er nicht mehr abgeändert werden.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

Antrag 2 wird mit diesem Amendement angenommen.

Antrag 3 wird angenommen.

Antrag 4 wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 1912:

Bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand.

Zur Geschäftsordnung

Herr Sonnet: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte beantragen,

> die Verhandlung über diesen Gegenstand auszusetzen und den Senat zu ersuchen, die Deputation für den Schlachthof mit einem Bericht zu beauftragen — — —

Präsident: Das ist kein Aussetzungsantrag. Entweder müssen wir aussetzen oder verhandeln. Wenn wir aussetzen, also nicht verhandeln, können wir unmöglich die Deputation mit einem Bericht beauftragen.

Herr Sonnet: Mit Rücksicht auf die Geschäftslage wollte ich den Antrag stellen, daß die Schlachthofdeputation schriftlich berichte. Geschieht das nicht, so wird die Verhandlung außerordentlich lange währen. Ich werde dann genötigt sein — — —

Präsident: Nach der Geschäftslage ist es wünschenswert, heute soviel wie möglich zu erledigen. Wir müssen am nächsten Sonnabend eine Sitzung haben und eine voraussichtlich lange Sitzung heute über acht Tage.

Herr Sonnet: Gerade mit Rücksicht auf die Geschäftslage habe ich den Antrag gestellt, weil die Verhandlungen ohne einen schriftlichen Bericht der Schlachthofdeputation sehr lang werden, wenn der Bericht vorliegt, aber kürzer werden. Jedenfalls aber möchte ich bitten, über den Bericht I und II gesondert zu verhandeln, da bie beiden Teile ganz verschiedene Gegenstände betreffen und der zweite Teil nur den Schlachthof angeht.

Herr Dr. Böhmert: Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Anträge zum Budget bei unserer Geschäftslage vor den Ferien doch nicht mehr zur Verhandlung kommen werden. Wenn das der Fall ist, weiß ich nicht recht, was für wichtige Sachen für nächsten Sonnabend zur Verhandlung kommen könnten. Ueber die Sachen, die uns jetzt noch nicht vorliegen, können wir doch unmöglich verhandeln.

Präsident: Für nächsten Sonnabend sind zur Verhandlung reif: 1. Fluchtlinie für den Steffensweg — das wird wohl längere Zeit in Anspruch nehmen —, 2. Antrag, betreffend die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Handarbeitslehrerinnen, 3. Antrag wegen § 8 des Gesetzes, betreffend die Kanalisation, 4. der Antrag, den Herr Heinken heute gestellt hat, 5. die ganze Mitteilung des Senats vom 25. Juni, 6. ein Teil der Mitteilung vom 28. Juni. Alle diese Sachen müssen wir am Sonnabend erledigen, weil für nächsten Mittwoch noch Mitteilungen mit wichtigen bezw. eiligen Sachen zur Verhandlung stehen: die Mitteilung wegen Aenderung des Einkommensteuergesetzes, Erweiterung des Elektrizitätswerks, Wiederherstellung der Schleusenmittelmauer am Weserwehr, Einlegung eines Doppelgleises und Baumpflanzung in der St. Jürgenstraße, Pflasterarbeiten auf der Kattenturmer Heerstraße und die Mitteilung, die ich vorher angekündigt habe, mit 14 Sachen, wovon jedenfalls die ersten 12 erledigt werden müssen.

Die Geschäftslage erfordert also, daß wir möglichst viel erledigen. Ich würde vorschlagen, in die Verhandlung einzutreten. Sehen wir dann, daß wir nicht weiter kommen, so können wir ja die Verhandlung abbrechen und nach den Ferien weiter verhandeln.

Herr Garde: Herr Sonnet hat es verkehrt angefangen. Wir sollten in die Verhandlung eintreten und Herr Sonnet sollte dann gleich den Antrag stellen, die Schlachthofdeputation zu einem schleunigen Bericht zu beauftragen, weil sie bislang über die Vorlage nicht zugezogen ist. Dann können die weiteren Verhandlungen solange ausgesetzt werden, bis der Bericht vorliegt. Das ist der Gang, den Herr Sonnet gehen muß.

Präsident: Das scheint auch mir das Richtige zu sein.

Herr Sonnet: Ich ziehe meinen Widerspruch zurück und melde mich gleich zum Wort zur Sache.

Herr Hagemeyer: Herr Präsident! Meine Herren! Als im vorigen Herbst infolge des heißen Sommers die Frage, ob die Lebensmittelpreise nicht eine große Steigerung erfahren würden, ein bedenkliches Aussehen annahm — diese Bedenken verstärkt wurden dadurch, daß wir bei einem harten Winter Arbeitslosigkeit bekämen und daß dann die Not groß werden würde — hat die Bürgerschaft eine Deputation niedergesetzt zur Prüfung der Frage, wie die Bevölkerung dann mit Lebensmitteln versorgt werden könne. Die Deputation hat das eingegangene Material sorgsam geprüft. Sie hat Informationen aus allen Gegenden, von Behörden, Kreisen, Handelskammern, Landwirtschaftskammern, einzelnen Personen und dergleichen mehr eingeholt. Das Material, das sie bekommen hat, das so außerordentlich groß war, daß es kaum zu übersehen war, ist dann von Herrn Dr. Gluud in dankenswerter Weise gesichtet und liegt Ihnen vor. Der Bericht zeigt, daß im allgemeinen die Lebensmittelpreise weiter gestiegen sind, seitdem wir die agrarische Zollpolitik haben, zeigt aber auch, daß keinesfalls ein solcher Notstand eingetreten ist, daß ein radikales Eingreifen, eine radikale Aenderung der heutigen Lebensmittelversorgung notwendig geworden wäre. Alle diese Informationen und all das gesammelte Material und die Berichte hätten aber nichts genützt, wenn wirklich scharfe Maßnahmen notwendig geworden wären. Die Deputation hatte die Pflicht, Augen und Ohren offen zu halten, und ich glaube, sie ist auch entsprechend zusammengesetzt in ihren Mitgliedern, die alle, sei es ehrenamtlich, amtlich oder beruflich, mit diesen Fragen in ständiger Fühlung waren, besonders unser Vorsitzender, der durch eine jahrelange segensreiche Tätigkeit auf allen Gebieten in Bremen, wo es sich um soziale Aufgaben oder Not lindern handelt.

Was den zweiten Teil anbetrifft, so ist ja der Deputation die Aufgabe geworden, sich mit der Freibankordnung zu beschäftigen, veranlaßt durch den Umstand, daß sich auf dem Schlachthof große Mengen Fleisch für die Freibank angesammelt hatten. Wenn auch nicht in dem damaligen Antrage, so ist doch in der Debatte gesagt, daß sich unsere Deputation auch damit beschäftigen und prüfen solle, ob Freibank-Filialen errichtet werden könnten. — Was die erste Frage anbetrifft, so ist eine Aenderung der Freibankordnung wünschenswert, weil inzwischen, seit Erlaß derselben 1899, das Fleischbeschaugesetz erlassen ist, wonach eine Reihe von Bestimmungen unserer Freibankordnung überflüssig sind und einige Ausdrücke anders gefaßt werden müssen. Ferner ist eine Aenderung notwendig, weil das Fleisch nicht mehr innerhalb drei Tagen verkauft zu werden braucht, sondern manche Sorten erst 21 Tage gekühlt werden müssen. Was unsern Antrag betrifft, den Schlachthof zu beauftragen, einen Versuch mit einer Filiale zu machen, so wird damit vielleicht der Schlachthofverwaltung zu nahe getreten, und ich möchte Herrn Sonnet empfehlen, daß er über diese Frage einen Bericht der Schlachthofdeputation fordert. Ich glaube, dem wird die Bürgerschaft zustimmen, und das läßt sich mit ein paar Worten sagen.

Herr Sonnet: Wie ich schon kurz bemerkt habe, ist die Deputation für den Schlachthof zuständig. Sie hat sich mit dieser Angelegenheit seit langem beschäftigt, und es ist wohl nicht richtig, wenn die Deputation, ohne um ihre Meinung gefragt zu werden, übergangen werden soll. Ich hatte mir daher den Antrag zu stellen erlaubt, um die Sache nicht in die Länge zu ziehen. Ich werde nun wohl jetzt den Antrag stellen müssen. Es liegt allerdings die Gefahr vor, daß, wenn ich nicht näher in die Materie eingehe, die Bürgerschaft diesem Antrage nicht zustimmen und den Antrag der Lebensmitteldeputation annehmen könnte. (Widerspruch.) Wie ich aus den Zurufen höre, ist das nicht der Fall. Dann beschränke ich mich darauf, und werde auf dieses umfangreiche Material nicht eingehen. Es handelt sich um drei Anträge. Einmal wird beantragt, einen Bericht von der Schlachthofdeputation zu verlangen, die Freibankordnung zu prüfen und zu berichten, ob und wie dieselbe zu ändern ist. Damit ist die Deputation für den Schlachthof einverstanden. Ich darf aber vielleicht darauf verweisen, daß mein Vorgänger in der Rechnungsführung, Herr Will, im November vorigen Jahres hier bereits sagte, daß die Prüfung der Freibankordnung in die Wege geleitet und ein Bericht zu erwarten sei. Dieser Bericht hat etwas auf sich warten lassen, weil die Geschäfte sich gehäuft hatten und der Bericht weniger wichtig war. Immerhin ist die Deputation damit einverstanden, daß dieser Antrag angenommen wird.

Der zweite Antrag betrifft die Verbesserung der räumlichen Einrichtungen der Freibank auf dem Schlachthofe. Auch hier kann ich nur sagen, daß die Deputation bemüht ist, Verbesserungen zu schaffen. Natürlich läßt sie nicht aus dem Auge, daß diese Einrichtungen nicht zu kostspielig sein dürfen, denn in erster Linie kommt es doch darauf an, das Fleisch billig zu liefern. Es wird schlachthofseitig eine Gebühr von nur 5 ₰ per Kilogramm erhoben, also nur 2½ ₰ für das Pfund. Das ist außerordentlich billig. Wir müssen aber eben darauf sehen, daß wir nicht durch kostspielige Einrichtungen das Fleisch verteuern. Wegen des dritten Punktes erlaube ich mir zu beantragen,

> die Beschlußfassung auszusetzen und den Senat zu ersuchen, die Deputation für den Schlachthof zu beauftragen, einen Bericht in dieser Beziehung zu erstatten.

Präsident: Was wollen Sie beantragen?

Herr Sonnet: Einen Antrag stellen, in der Weise, daß auch über die versuchsweise Errichtung einer oder mehrerer Freibanknebenstellen zunächst ein Bericht der Schlachthofdeputation erstattet wird und die Verhandlung auszusetzen, bis der Bericht erfolgt ist.

Präsident: Sie beantragen also, daß zunächst die Deputation für den Schlachthof beauftragt werde, einen Bericht zu erstatten, ob sich eine Aenderung der Freibankordnung empfiehlt, ob bessere räumliche Einrichtungen der Freibank auf dem Schlachthofe sich empfehlen und ob sich die Einrichtung weiterer Verkaufsstellen empfiehlt. (Herr Sonnet: Ganz richtig!) Wenn wir den Bericht bekommen, wird selbstverständlich über die Sache verhandelt.

Herr Hagemeyer: Wenn so beschlossen wird, dann wäre der Antrag der Deputation unter den Tisch gefallen; dann brauchten wir die Verhandlung nicht auszusetzen. Soweit ich Herrn Sonnet verstehe, will er nicht durch unsere Deputation, sondern von der Deputation für den Schlachthof einen Bericht.

Präsident: Der Antrag will, daß die Schlachthofdeputation berichten soll über die Aenderung der Freibankordnung und über räumliche Einrichtungen der Freibank. Er will aber nicht, daß über die Frage, die zum Schlusse angeregt ist, ob auch versuchsweise eine oder mehrere Verkaufsstellen eingerichtet werden sollen, schon verhandelt und entschieden wird, sondern daß darüber vorab ein Bericht der Schlachthofdeputation kommt. Dann würde, nachdem die Bürgerschaft den Bericht bekommen hat, über diese Frage verhandelt werden müssen. Der Antrag will nicht die Deputation wegen Verbesserung der Lebensmittel ausscheiden, sondern die Bürgerschaft in die Lage versetzen, darüber nach Kenntnis des Berichts zu verhandeln.

Herr Henke: Ich bin der Meinung, daß es ratsamer wäre, die ganze Frage heute auszusetzen, bis der Bericht der Schlachthofdeputation gekommen ist, denn dann würden wir über die ganze Frage beraten können. Ich halte es für untunlich, daß jetzt über einen Teil beraten wird und später mit denselben Gründen über dieses und jenes, was die Schlachthofdeputation berichtet. Ich halte das aus mehrfachen Gründen für ratsamer und gebe anheim, heute die Sache auszusetzen.

Präsident: Sie beantragen also, wie Herr Sonnet, die Schlachthofdeputation mit einem Berichte zu beauftragen wegen Verbesserung der Freibankordnung, Verbesserung der räumlichen Einrichtungen und darüber, ob die Einrichtung einiger Verkaufsstellen sich empfiehlt, und daß die Bürgerschaft die Beschlußfassung aussetzt, bis der Bericht gekommen ist.

Senatskommissar Herr Senator Hildebrand: Die beiden Aufträge, die der Deputation zugewiesen waren, sind so zufällig miteinander verknüpft, daß die eine in Wirklichkeit von der andern abhängig ist. Zu der Frage unter 1 hat sich die Deputation vollständig geäußert, und sie ist zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Anlaß, besondere Anträge zu stellen, nicht vorliegt. Es bleibt lediglich die Frage wegen Errichtung besonderer Freibankstellen und Veränderung der Freibankordnung. Ich verstehe, daß der Wunsch ist, nicht sofort die versuchsweise einer oder mehrerer Freibanknebenstellen zu beschließen, sondern daß auch ein solcher Versuch erst von einem Berichte der Schlachthofdeputation abhängig gemacht werden soll. Allein das hindert doch nicht, in die Verhandlung wegen des ersten Teils des Berichts einzutreten. Der zweite Punkt betrifft aber ausschließlich die Schlachthofdeputation, während die Deputation, die ich die Ehre habe zu vertreten, ihre Aufgabe durch den erstatteten Bericht erledigt hat.

Herr Henke: Ich glaube, der Herr Senator ist nicht im Bilde. Für die Deputation handelte es sich darum, zu beraten, ob eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln möglich und nötig sei. Es handelt sich nun darum, eventuell Einrichtungen zu treffen, daß das Freibankfleisch an mehreren Stellen, also nicht nur auf dem Schlachthof, verkauft werden kann. Also auch dabei handelt es sich um bessere Versorgung mit Lebensmitteln, in beiden Fällen also um einerlei Aufgabe. In der Generaldiskussion muß man über beide Gegenstände der Beratung reden können. Es wäre Zeitverschwendung, jetzt über den einen Teil des Deputationsberichtes zu reden, und später — vielleicht mit gleichen Argumenten — über den anderen. Ich beantrage deshalb

> Aussetzung der Verhandlung, bis der Bericht der Schlachthofdeputation über den Freibankfleischverkauf erschienen ist.

Herr Hormann: Ich kann mich den geäußerten Gründen anschließen und weiterer Ausführungen enthalten. Ich glaube auch, daß es richtig ist, den Bericht abzuwarten.

Herr Direktor Dr. Böhmert: Ich möchte bitten, dann solange zu warten, bis der Bericht der Quarantänekommission erscheint. Der scheint viel wichtiger zu sein.

Der Antrag auf Erstattung des Berichts der Schlachthofdeputation und Aussetzung der Verhandlung wird angenommen.

Schluß 9 Uhr 20 Minuten.